

# Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland.

Nummer 30

Halle (S.), Sonnabend, 3. Oktober 1925

1. Jahrgang

## Das Versprechen des Reichstanzlers unerfüllt!

Die Konventionen mit dem Preisabbau geneigt. — Der Zusammenbruch des Landbundes.

### „Nationale“ Geste.

Die Deutschnationalen haben bisher alle ihre Wahlversprechungen gebrochen, angefangen mit der niederfolgenden Abweisung der Dames-Gesetze. Die Wirkungen der Aufmerkungs betrüger werden nachgerade recht heftig. Drohen doch bereits die „vaterländischen Verbände“ auch aus diesem Grunde — mit Kündigung der Gefolgschaft! Der

Standal auf der Landesparlamentsversammlung nimmt für die Deutschnationalen immer unangenehmere Formen an; und nun erweist sich der von der Reichsregierung zum 1. Oktober versprochene Preisabbau auch noch als Täuschung!

Nur eine Ware auf dem deutschen Innenmarkt erstreckt zweifellos eine ständige Forderung: der deutsche nationale Kredit! Etwas muß endlich geschehen, um die wackeren Wähler zu befähigen. Den schönen Plan mit der nationalpolitisch so glänzend zu verwertenden schwarzweißen Geburtstagsfeier Hindenburgs hat der Reichspräsident in seiner korrekten und verständlichen Art selbst durcheinander, indem er sich die Flaggen verbieten hat.

So stellen die Deutschnationalen denn für ihre Zustimmung zur Konferenz Bedingungen, um wenigstens auf außerparlamentarischem Gebiet ihre „nationale Gesinnung“ zu erweisen. Und zwar haben sie es sich herausgenommen, weder dem auswärtigen Ausland, noch den Ministerpräsidenten der Länder, noch auch der Regierungspartei des Zentrums vorher Kenntnis von dem beabsichtigten Schritt zu geben. Wahrscheinlich fühlte die Partei sich als Mussolini und genoss es, die Vorträge der Autokratie gegenüber dem verhassten Parlamentarismus durch Aufschaukelung der Öffentlichkeit vorzuführen. So wurde denn jetzt zur Unzeit eine

### Offenlage gegen die „Kriegsschuldfrage“

eröffnet, die das Zustandekommen der Konferenz einen Augenblick ernstlich gefährdet hat. Es ist ja begrifflich, daß die Deutschnationalen nach all ihren Versprechen auch auf diesem Gebiet es bedrückend empfinden, daß kaum eine Partei für die Aufklärung der Kriegsschuldfrage so wenig geeignet hat, wie die deutschnationale, und daß die Männer, die in fachlicher, wissenschaftlicher Arbeit sich in dieses Dunkel geworfen haben, nämlich auf dem demokratischen Boden stehen. Es seien hier nur neben dem Grafen Radloff Langau, als Führer der deutschen Delegation in Versailles, genannt: Paul Rohrbach, Graf Montgelas und Hans Delbrück. Die wissenschaftliche Fortschritt hat gegen Material zu Tage gefördert, das den Glauben an eine Kleinheit oder auch nur eine gegenüber den Anderen kleinere Belastung Deutschlands am Kriegsausbruch allenfalls erschüttert und eher in kein Gegenteil verwandelt hat.

### Selbst Herr Sauerwein zum „Matin“

meinte kürzlich, Frankreich könne heute die Kriegsschuldfrage nicht mehr voll aufrecht erhalten, und die Alliierten würden sich damit begnügen können, eine deutsche Erklärung gegen die Kriegsschuldfrage einfach zu ignorieren.

Es haben sich nun aber leider nicht damit begnügt, sondern Deutschland in ihrer Antwort eine deutsche Absicht erteilt. Die Deutschnationalen haben somit die Franzosen zu einer erneuten Festlegung auf den Kriegsschuldparagrafen veranlaßt und damit Deutschland eine unzulässige Demütigung eingebracht. Finden sie diese „Erfolge“ nun wirklich ehrenvoller, als das beschnittene Köpfchen eines ganzen im Segestumme von Inanspruchnahmen erlittenen und heute in Wahrheit erlittenen Paragrafen? Was bedeutet diese Ueberempfindlichkeit der Deutschnationalen anderes, als eine für die verwirklichten Wähler berechnete nationalpolitische Geste? „Wir wollen nur ererbten Hauptes zur Konferenz gehen“ erklären sie. Wir meinen, unsere Unterhändler hätten das Haupt höher tragen können, wenn Deutschland diese Demütigung nicht nicht erlitten hätte! Glücklicherweise ist der Zwischenfall nunmehr beigelegt, und die Konferenz

### 5. Oktober in Locarno

beginnen. Die Deutschnationalen möchten diese Zusammenkunft zu einer unüberwindlichen Stempel, um ihre Zustimmung zum Einheitsvertrag noch weiterhin zu verschleiern. Es besteht jedoch kein Zweifel, daß die Konferenz zu bedeutungsvollen Abschlüssen gelangen kann, und daß die Delegierten mit weitgehenden Vollmachten

ausgerüstet sein werden, — was schon die Teilnahme des deutschen Reichstanzlers beweist. Kommt in Locarno ein Einheitsvertrag zustande, so werden unsere Unterhändler nunmehr dem deutschen Reichstag verantwortungsvoll sein. Bei jener Abstimmung aber dürfte das deutschnationale Doppelspiel endgültig zu Ende gehen, denn dann müssen die Regierungsparteien schließlich Farbe bekennen! Die Linke hat keineswegs die Absicht, der Rechten die Verantwortung für die Außenpolitik abzunehmen. Im Gegenteil: Wir begnügen uns diesmal nicht mit einem Umfall zu 50 Prozent, sondern verlangen das Schauspiel des Kassas-Ganges der ganzen Fraktion!

Herr

### Pariser Traub

erklärte jedoch in Dresden, — neuerdings der bevorzugten Städte deutschnationaler starker Töne und entsprechender Dissonanzen —: „Die Deutschnationalen wollen den Pakt nicht annehmen, sie schlagen ja auch sonst ihrer eigenen bisherigen Politik ins Gesicht“, wir meinen: sie werden mit der Annahme, wie üblich, ihren Versprechungen ins Gesicht schlagen! Man weiß nun nicht, soll man die Harmlosigkeit oder die Verdröhnung des Kapittels nicht bemerken, wenn er fortfährt: „man sollten sie aber auch nicht so tun, als ob sie ihn annehmen wollten.“ Es hätte der Wahrheit eher entsprochen, wenn der Herr Pariser geäußert hätte: die Deutschnationalen sollten nicht so tun, als ob sie den Pakt nicht annehmen wollten!

F. M. D.

### Pleite im Landbund.

Die wirtschaftlichen Unternehmungen des Landbundes befinden sich beinahe in einer jämmerlichen Lage. Ein Teil ist bereits verfallen, und der andere Teil steht gleichfalls auf dem finanziellen Zusammenbruch. Dagegen hilft schon wenig in diesen Fällen irgend welche finanzielle Hilfe angedacht. Denn diese vom Landbund seiner Zeit mit großen Versprechungen ins Leben gerufenen gewerblichen Unternehmungen haben sich von vornherein als überaus verwerflich für die gesamte Volkswirtschaft und namentlich

### schädlich für den gesamten Mittelstand

erwiesen, da sie dazu bestimmt waren, Handwerk und Kleinhandel auszusaugen und so zahlreiche für das Gedeihen der Wirtschaft notwendige Existenzen zu vernichten. Bauernschaft und Kleinbauern, die vertrauensvoll für diese eigenartigen Genossenschaftsanteile gezeichnet haben, sind in den finanziellen Kampf mit hineingezogen worden. Sie müssen jetzt leider zu spät erkennen, daß sie die Opfer sind, während die Großen ihre Anteile meist rechtzeitig abgezogen haben.

Stärkste Empörung aber muß es unter den Kleinrentnern hervorgerufen, wenn sie jetzt sehen, wie ihre für wirtschaftliche Zwecke hingegebenen Gelder

### zur Befriedigung politischer Machtgelüste

dienen. Durch ein Rundschreiben des Landbundes wird nämlich bekannt, daß dieser die Reichspräsidentenwahl für den Bundeskongress finanziert und eine ungeheure Schuldverschuldung aufgenommen hat. Dieser Kredit soll jetzt abgedeckt werden, und dafür sollen die Bauern und Kleinrentner wiederum neue Beträge hergeben. Es ist also ein System heillosen Mißwirtschafts, das hier zutage tritt und dessen Ergebnis mit der angeblich politischen Neutralität des Landbundes endgültig aufzuräumen.

Wenn sich trotzdem der Landbund hier und da noch als Schildträger der Rechtsparteien für die bevorstehenden Provinzialwahlen und Kreiswahlen meldet, so ist gerade in diesen Fällen

### die größte Vorsicht am Platze.

Provinziallandtage und Kreisräte sind Verwaltungskörper, die am allerwenigsten Experimente vertragen können, wie sie der Landbund mit seinen Genossenschaftsgründungen vorgenommen hat. Jede Kandidatenliste, die auf die der Landbund irgendwelchen Einfluß hat, verdient deshalb von vornherein unter den Wählern kein Vertrauen. Der Landbund mag sich um seine wirtschaftliche Pleite kümmern. Für den Kleinrentner und den Mittelstand muß er th.

### Eine Frühlingsschwabe.

Von

Prof. Bergsträßer-Berlin, M. d. R.

Wenn man sich's ernstlich überlegt, wird man den kurzen Besuch, den der französische Kultusminister die Tage dieser Tage in Berlin gemacht hat, politisch recht hoch werten müssen, auch wenn dabei von Politik überhaupt oder mindestens von den aktuellen politischen Fragen nicht die Rede gewesen ist, denn auf alle Fälle bedeutet dieser französische Ministerbesuch — anderes Meistens der erste seit über 50 Jahren — eine politische Demonstration; er ist der Ausdruck dafür, daß die gegenwärtige französische Regierung willens ist, über die schwebenden politischen Verhandlungen hinaus den Verkehr und die Beziehungen mit Deutschland wieder aufzunehmen; sie ergreift hiermit selbst die Initiative durch eine an sich schon sehr ungewöhnliche Persönlichkeit, einen Mann, der noch vor kurzem recht deutlich gezeigt hat, daß er das nationalpolitische Gebilde mancher französischen Gelehrtenkreise nicht billigt, wenn er es auch von sich aus so wenig ändern kann, wie sein preussischer Kollege die Macht hat, seine Professoren zur politischen Vernunft zu zwingen, obwohl es manchen von ihnen gut täte, gezwungen zu werden.

Herrn de Monzie's Besuch galt nachfragen, aber nicht nur solchen im engeren Sinne, sondern es ist auch von einem direkten Austausch zwischen französischer und deutscher Wissenschaft die Rede gewesen, und man scheint heiderseits ernstlich vorzugehen, sie in die Wege zu leiten. Wir würden das lebhaft begrüßen, denn es würde damit nur systematisch für Gegenwart und Zukunft fortgesetzt, was schon lange schon Jahrzehnte hindurch bestand, der geistige Austausch der beiden benachbarten Länder. De Monzie's Begleiter fand nämlich die Worte für Bezeugungen der deutschen Sprachwissenschaft; er ging von seinem Fachgebiet aus. Man wird nicht so weit greifen. Dabei kann man feststellen, daß die ganze deutsche Kulturentwicklung ohne die Einflüsse aus Frankreich gar nicht zu denken ist. Man braucht für das Mittelalter nur an Minnelied und an den gotischen Baustil zu erinnern, für die neuere Zeit an Montaigne und Rousseau; für das 19. Jahrhundert genügt ein Gang in die Nationalgalerie und ein Blick auf Menzels Bild einer Aufführung im Theater Comique. Der Vater preussischer Tradition verdankt ein gut Teil seiner Ausdrucksmittel dem Studium in Paris. Umgekehrt gilt ähnliches, wobei es für die gegenwärtigen friedlichen Bestrebungen einer gewissen Bilanzierung nicht entbehrt, daß alle französischen Bezeichnungen für das Heerwesen aus Deutschland stammen. Doch ist es vielleicht besser, an deutsche Kultur zu denken, an romantische Dichtung, an deutsche Philosophie. Man vergegenwärtige sich auch, wie stark und wie fruchtbar französische Wissenschaft in den letzten 30 Jahren von dem Kriege sich mit Deutschland befruchtete. So freut uns diese Tat des französischen Ministers, die auch nach Frankreich hinein von Wichtigkeit ist; denn wir verhehlen uns nicht, daß harte Gegenströmungen vorhanden sind, nirgends stärker, als in der Stadt Paris selbst.

Trotzdem entspricht das, was de Monzie tat, der Auffassung der Mehrzahl des französischen Volkes und aller derer, die zukunftsreich sind. Es ist kein Zufall, daß auf den verschiedenen internationalen Kongressen und Ausstellungen, wie zuletzt noch auf dem demokratischen Friedenskongress in Venedig, nicht nur die unbeteiligten Dritten, sondern gerade auch die Franzosen, genau ebenso wie die Deutschen, davon überzeugt gewesen sind, daß es sich hauptsächlich um die Beziehungen dieser beiden Länder handelte, wenn man von zukünftigen Frieden rede. Und wer derartige Kongresse mitgemacht hat, weiß auch, daß über manche Bemerkungen und einiges Mißtrauen hinweg, die Vertreter dieser beiden Völker sich immer zu fruchtbarer Aussprache fanden; wie mir noch dieser Tage in Venedig ein prominenter Franzose nach langer Unterhaltung sagte, er empfinde derartige persönliche Ausdrucksformen als eine dringende Notwendigkeit und habe sehr viel gelernt; ein Mann übrigens, der schon vorher die Ueberzeugung hatte, die Befreiung des Rheinlandes müsse sobald wie nur möglich ein Ende finden.

Aus diesen vielfachen Erfahrungen heraus sei es ausgesprochen: wir hatten einen möglichst umfangreichen Personenaustausch zwischen beiden Völkern für unendlich wichtig, damit er dazu beitrage, gegenwärtige Mißtrauen zu bannen, denn ohne diese Ergänzung der Politik nach der persönlichen Seite hin wird die politische Frage nicht reiflos gelöst werden können. Der Austausch ist beiden



## Deutschpölkische unter sich.

In Bayern werden die Zwistigkeiten zwischen den beiden östlichen Parteien, die sich dort gebildet haben, der Gruppe Hitler und der Gruppe Ludendorff, mit immer schärferer Sprache ausgetragen. Der Parteigänger Hitlers, Eiser, hatte neulich in einer Kampfbrede gegen Ludendorff darüber triumphiert, daß sich die Nationalsozialistische Arbeiterpartei nach der Entlassung Hitlers wieder unabhängig gemacht habe von allen „Schurken und Verrätern“, die sich im Jahre 1924 die Führung angemaßt hätten. Betrübt stellt der „Wälfische Kurier“ fest, daß damit nur Ludendorff gemeint sein könnte. Andererseits spricht die zu Ludendorff haltende „Meklenburger Partei“ in Bezug auf die Hitlerianer von „wid gewordenen Phantasten“, die „in die Kalkwasserheilanstalt, aber nicht in die Politik“ gehören.

## Die Frage eines neuen Dienststrafrechtes

Für die Beamten hat der Beamten-Ausschuß des Preussischen Landtages beschließt, nach eingehenden Beratungen des demokratischen Abg. Barteld erklärte Ministerialrat Zimmern namens der Staatsregierung, daß bei ihr ein Entwurf zu einem solchen Gesetz vorliege. Das Ministerium glaube aber, diesen Entwurf zurückhalten und der Reichsregierung den Vortritt lassen zu müssen, da die Länder unter Umständen durch die Grundgesetzgebung durch Reichsgesetz gebunden werden könnten. Abg. Barteld machte demgegenüber darauf aufmerksam, daß der neue Entwurf der Reichsregierung zu einem Dienststrafgesetze nicht die Bestimmungen enthalte, daß das Gesetz auf die Länder ausgebeugt werden solle. Danach gehe es, als wolle das Reich auf die Grundgesetzgebung verzichten. Außerdem könne Preußen genau so, wie andere Länder es getan haben, die Frage solange selbständig regeln, als ein Reichstrahmengesetz nicht vorliege. Die Neuregelung des Dienststrafgesetzes sei aber sehr dringlich und die demokratische Fraktion werde unter allen Umständen auf Beratung bestehen. Nachdem auch die Vertreter anderer Parteien sich für eine baldige Regelung ausgesprochen hatten, erklärte Ministerialrat Zimmern, daß das Reich beabsichtigt, ein Reichstrahmengesetz zu erlassen, sobald das jetzt vorliegende Dienststrafgesetz im Reichstag verabschiedet ist.

## Eine Partei, die nicht weiß, was sie will.

Ist die Deutsche Wirtschaftspartei. Die „Germania“ kann dies mit einem bezeichnenden Vorgang belegen, der sich am letzten Freitag im Ausschuss für Handel und Gewerbe im Preussischen Landtage abspielte. Die Wirtschaftspartei hatte am 9. September eine große Anfrage eingereicht, die ohne Debatte dem genannten Ausschuss überwiesen wurde; und als nun am Freitag diese Anfrage im Ausschuss zur Beratung gelangte und der Vertreter der Partei, Abg. Artelt, sie begründen sollte, erklärte er wörtlich: „Ich kann diesen Antrag nicht begründen, bis die Regierung uns über den Stand der Dinge informiert hat. Vor der Hand wissen wir noch nicht, was wir mit der großen Anfrage Nr. 69 wollen.“ Ich bitte deshalb, unsere Anfrage vorläufig zurückzustellen.“ Unter Heiterkeit der übrigen Parteien wurde dem Antrag entsprochen. Daß die Deutsche Wirtschaftspartei nicht weiß, was sie will, daß hat man aus ihrem tonlosen Auftreten im Preussischen Landtag wie im Deutschen Reichstag schon längst gemerkt; allerdings hatte man kaum auf soviel Unfruchtbarkeit bei ihr rechnen können, daß sie ihre geistige Impotenz so offen selbst eingestehen würde. Natürlich wird das die Deutsche Wirtschaftspartei nicht abhalten, sich auch weiterhin draußen im Lande als die einzig wahre Vertreterin des Mittelstandes und des Handwerks aufzuspielen.

## Demokratische Wohnungspolitik.

Der bereits vor einigen Tagen angekündigte Antrag der preussischen demokratischen Landtagsfraktion zur zweiten Lesung des Etats des Volkswohlfahrtsministeriums verlangt im einzelnen: 1. Daß die arbeitslos werdenden Arbeiter und die nicht landwirtschaftlichen Oplanten und Mühlflügelnde dort angeheilt werden, wo eine dauernde Arbeitsmöglichkeit und durch Finanzziehung neuer Arbeitskräfte eine Steigerung der nationalen Produktion zu erwarten ist. Ihre Anhehlung darf nicht in Wertminderungen erfolgen. Darum ist von Seiten des Staates ein Zulassung der Hauszinssteuererhöhung aus dem Fonds der Erwerbslosenfürsorge zu gewähren. Auch ist bei Anhehlung in ländlichen Orten dafür zu sorgen, daß ausreichend Saatenland zur Verfügung gestellt wird; 2. Maßnahmen zur Herabsetzung der Preise des Baumaterials, insbesondere der Ziegelsteine, zu ergreifen. Sollte ein entsprechender Anfall an das Zieglerimbitat nicht zum baldigen und dauernden Erfolg führen, so müssen die entsehrlichen Maßnahmen erzwungen werden. Dazu müssen Mittel aus Hauszinssteuer und Erwerbslosenfürsorge zur Verfügung gestellt, und es muß geprüfert werden, wie die weitere Stilllegung von Ziegelfabriken, Tongruben usw. zu verhindern ist und stillgelegte Werke wieder in Betrieb zu setzen sind; 3. darauf hinzuwirken, daß baldigst für die Erhaltung des Altmoothraumes Mittel aus dem Hauszinssteuererwerb (Reparaturhypotheken) nach den Grundstücken wie für den Wohnungsbau den Hauseigentümern zur Verfügung gestellt werden können; 4. auf die Reichsregierung einzuwirken, daß zur Förderung der Heimstättenhebungen eine Ausdehnung des Erbbaurechtes in dem Sinne erfolgt, daß nicht nur die Grundstückeigentümer, sondern auch der Heimstätten das Recht erhält, einen Antrag auf Belassung

des zu bebauenden Grundstückes mit dem Erbbaurecht zu stellen, insbesondere mit Änderung des Paragraphen 5 der Verordnung zur Behebung der dringenden Wohnungsnot vom 15. Januar 1919 erfolgen.

## Der demokratische Reichsjugendtag in Altenburg.

sein Verlauf und seine Ergebnisse bilden den Inhalt des soeben erschienenen Sonderheftes des „Ferdids“ der politischen Jugend Deutschlands (Herausgeber Hans-Werner Gohling und Ernst Kemmer). In dem beiderseits reichhaltigen Sonderheft berichten eine Anzahl führender Jungdemokraten in lebendiger Form über jeden einzelnen Abschnitt des Reichsjugendtages. Das Heft bringt weitershin zwei der Altenburger Hauptreferate: „Kulturpolitik“ von Dr. Julie Meyer und „Der deutsche Parlamentarismus, Nation und Jugend“ von cand. phil. Wimmers. Die Landtagsabgeordnete Frau Martha Dönhoff berichtet über das Altenburger Mädeltreffen. Stimmungsberichte, Führerberichte und Bundesnachrichten vervollständigen die achtenswerte Nummer. Sie ist zum Preise von 35 Pf. bei der Heroldsverlagsbuchhandlung, Berlin SW 11, Bernburger Straße 18, zu haben. Die Zeitschrift selbst kann zum Vierteljahrespreise von einer Mark auf jedem Postamt bestellt werden.

## Gegen den Reichschulgesetzentwurf.

Die am 22. September tagende Generalversammlung des Bundes entschiedener Schulkollegien, Bezirksverband Groß-Berlin, ruft die deutsche Öffentlichkeit auf entscheidende zur Wachsamkeit und zum Widerstande auf gegenüber den Plänen der liberalen und reaktionären Parteien, den ungeheuerlichen Reichsschulgesetzentwurf, der unabweisbar eine Verfassungsänderung zu einem Reichsbund darstellt, in aller Eile und möglichst stiller durchzusetzen. Das Deutschland daraus drohende Unheil ist unermesslich. B. E. Sch. fordert von allen kulturwilligen Deutschen, daß sie sich mit ihm zu einem Protestum vereinen, der dieses dunkle Mächterbestreben. Nur in einer Schule der Unfreiheit können der Deutschen Republik echte Bürger heranreifen.

## Angestelltenfragen

### Ferierabendstunde.

Zwölfundzwanzig Jahre Lebensschulgesetz.

Ferierabend! Das Wort ist von Poëtie umklungen. Es hat einen ganz anderen Klang, als wenn man vom „Schluß“ spricht. „Ferierabend“ ist ein Zauberwort, das ein Bild geordneter Häuslichkeit, Familienfreude, Gedanken an Stunden stiller Einkehr und Arbeit am eigenen Tisch umschließt. Abends, Ferierabendstimmung!

Als am 1. Oktober vor 23 Jahren abends um 9 Uhr den Ladenangestellten eine, wenn auch späte Ferierabendstunde schlug, da ging ein Aufsturm durch ihre Reihen.

Turnmehr sind 23 Jahre verstrichen seit dem Tage, an dem das Lebensschulgesetz in Kraft trat. Die Reichskommission für Arbeiterkassier hatte in ihren Sitzungen vom 30. Juni bis 3. Juli 1893 den Beschluß, eine schriftliche Befragung der kaufmännischen Berufsvereine und eine mündliche Befragung von Ausnahmepersonen über die Arbeitszeiten und Kündigungsfristen der Handlungsgehilfen und Lehrlinge der offenen Verkaufsstellen vorzunehmen. Mitte September 1893 wurden den Vereinen die Fragebogen hierüber zugestellt. Von den heute im GMA. vereinigen Handlungsgehilfen wurde z. B. eine Ladenzeit von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends verlangt. Und welches Ergebnis stellte die Erhebung fest? 21 vom Hundert der Gehilfen und 26 v. H. der Lehrlinge hatten eine Arbeitszeit bis 16 Stunden täglich, 44 v. H. der Gehilfen und 50 v. H. der Lehrlinge hatten eine längere als 14stündige Arbeitszeit.

Diesen schriftlichen Erhebungen folgte im Jahre 1894 die Vernehmung von Ausnahmepersonen, nach deren Beschluß die Reichskommission für Arbeiterkassier eine Lebensschulzeit von 8 Uhr abends bis 5 Uhr morgens vorzuschlug.

Der erste Regierungsentwurf brachte den Vorschlag einer Lebensschulzeit von 8 Uhr abends bis 6 Uhr morgens, einer sechsstündigen Mindestruhezeit und einer einstündigen Mittagspause. Der Bundesrat ließ die Lebensschulstunde überhaupt fallen und hielt nur die sechsstündige Mindestruhezeit aufrecht. Ein Gegenentwurf, Anfang März 1899, sagte sich dem an und schuf nur die Möglichkeit, eine bestimmte Lebensschulstunde durch Ortsratut festzulegen, wenn zwei Drittel der ortsansässigen Ladeninhaber dies beantragte.

Der Reichstag legte in dritter Lesung des Gesetzes am 5. Dezember 1899 den 9-Uhr-Abendsschluß fest, brachte aber auch die Bestimmung, daß durch Ortsratut der 8-Uhr-Abendsschluß eingeführt werden konnte. Nach 6 Monaten, im Juni 1900, gab der Bundesrat dem Gesetz seine Zustimmung. Am 1. Oktober 1900 trat das Gesetz in Kraft. Bald gab es nur eine Stimme und diese lautete:

### „Der frühe Abendsschluß ist ein Segen!“

Das Gesetz hatte die Möglichkeit gegeben, durch Ortsratut den 8-Uhr-Abendsschluß einzuführen. Als das Gesetz 10 Jahre bestand, gab es in Deutschland rund 900 Städte, in denen auch die Ferierabendstunde schon um 8 Uhr schlug. Aber noch mehr: In einzelnen Städten und in einzelnen Geschäftsbezügen war bereits der 7-Uhr-Abendsschluß freiwillig eingeführt. Der Ferierabendgedanke hatte im Handel seinen regelrechten Einzug gehalten.

Auch der Einzelhändler erfreute sich des Fortschrittes und der Freiheit. Der „Konfektionär“ pries die große Wohlfahrt. Und nun?

In jüngster Zeit sind verschiedene, allgemeine und seine, Verläufe bekannt worden, zahlenmäßige Verläufe über den Gesundheitszustand der Wohlfahrtsgerinnen zu erlangen. Zwei Beispiele, eins aus London, eins aus holländischen Verhältnissen, seien angeführt. In 65 holländischen Fürsorgeerinnen wurden in den letzten Jahren drei Todesfälle und 50 nennenswerte Erkrankungen gezählt. Als Krankheitsformen angegeben: 16 Fällen Lungen- und sonstige Tuberkulose, in 6 Fällen eitrige Erythrasme, 10 Fällen Entzündung der Brustdrüse. Die Erkrankungen an Tuberkulose führten 17 Fällen zu einer Arbeitsunterbrechung von mehr als 14 Monaten, in sechs Fällen zu Invalidität.

Von 749 großholländischen Wohlfahrtsgerinnen hatten dem Zeitraum vom 1. April 1924 bis 31. März 1925 emal Erkrankungen bis zu 28 Tagen 212, langdauernde emal über 28 Tage 90, Tuberkulose 11, Unfälle, im Teil im Dienst, 14. Unter den 422 als „nicht erant“ bezeichneten waren 30 Fälle, in denen tatsächlich Erkrankung vorlag, die Arbeit indessen nicht unterbrochen, emal unter Aufsicht aller Willenstraf durchgeführt werden war. Es handelte sich dabei vorwiegend um nerliche Herzbeschwerden, Erythrasme, Grippe, Pflücken (Senfzug u. d.). — Wieviele ähnliche Fälle mögen überdem vorhanden gewesen sein, die bei der Umfrage nicht angegeben wurden, weil keine „Arbeitsunterbrechung“ vorlag!

In der Gruppe „langandauernde Erkrankungen“ trau besonders häufig auf: Gelenksrheumatismus, Nieren- und Nierenbeckenentzündungen, Benennentzündungen, Gallenblasenleiden.

Wichtig ist man geneigt, aus allem diesen die Behauptung herzuleiten, Frauen seien einer Berufsarbeit überhaupt nicht gewachsen und damit ein billiges altes Argument gegen Frauenerwerb zu erneuern und zu bekräftigen. (Geben aus diesem Grunde sollten sich die Wohlfahrtsgerinnen hüten, ihrem inneren Drang nachzugeben und trotz besserer Einsicht sich immer wieder und wieder mehr Arbeit aufzubringen zu lassen in dem Gedanken: „s geht um Menschen, da darf ich nicht „nein“ sagen.“)

Wir stellen diese Behauptungen fñh die Behauptung gegenüber, daß aus Unkenntnis über den inneren Gehalt der Arbeit den Fürsorgeerinnen häufig Arbeitsmüde zugemutet werden, die aber über Vernunft hinausgehen. Nur aus dieser Tatsache, in Verbindung mit unzureichender Bezahlung und zu kurzem Urlaub, und unfers Erachtens die häufigen, jahrelang dauernden Erkrankungen der Fürsorgeerinnen zu erklären.

Hier kann nur Kenntnis und Erkenntnis helfen. Moge sie bald kommen, damit nicht erst eine ganze Generation von Fürsorgeerinnen vorzeitig verbraucht und arbeits- und erwerbsunfähig wird.

## Der Bund Deutscher Frauenvereine,

die überparteiliche und interprofessionelle Zusammenfassung der Deutschen Frauenbewegung, hält vom 5. bis 7. Oktober in Dresden (Stadt, Anstellungspalast) seine 14. Generalversammlung ab. Sie steht unter dem Gesamttitelm: „Der Frauenberuf“. Der letzte Verhandlungstag ist ein „Frauenberufstag“, veranlaßt vom Frauenberufsausschuß und der Berufsausschuß des Bundes. Er gilt der Erörterung über die Gehaltsbestimmung der Berufsfrauen und der Berufshilfen. Wir werden über die sehr bedeutsamen Verhandlungen noch berichten.

## Ans Parlamenten und Parteien

### Die Deutschnationalen gegen den Deutschen Beamtenbund.

Die Zeitschrift des Deutschen Beamtenbundes, „Der Beamtenbund“, hatte am 11. Juli ein Schreiben des Vorsitzenden des Beamtenausschusses im Preussischen Landtag veröffentlicht, in dem den Ausschussmitgliedern mitgeteilt wurde, daß wegen Behinderung der Regierungsvorleiter die nächste Sitzung erst am 22. September stattfinden könne. Hieran hatte die Zeitschrift eine kritische Bemerkung über Verschleppung der Beamtenfragen auch im Landtage getupft. Als jetzt der Beamtenausschuß wieder zusammentrat, wandte sich der deutschnationale Abgeordnete C h e r s b a c h vor Eintritt in die Tagesordnung gegen jene Veröffentlichung. Er meinte, daß das Schreiben nur durch eine Indiscretion in den Besitz des Deutschen Beamtenbundes gekommen sein könnte, und drohte, daß ein weiteres Verhalten des Deutschen Beamtenbundes in ähnlicher Art Folgen nach sich ziehen könne, wie wir sie im Reichstag in Bezug auf einige Reichstagsfraktionen erlebt hätten. Es handelt sich hier bekanntlich um ein Schreiben von Beamten-Abgeordneten der Deutschnationalen und Deutschen Volkspartei, sowie des Zentrums, in dem gedroht wurde, die Beziehungen zum Deutschen Beamtenbund abzubrechen. Nachdem der Vorsitzende des Ausschusses, der deutschnationale Abg. Prof. K a h l e r, eine Untersuchung über die Urheber der Indiscretion vorgeschlagen hatte, erklärte der demokratische Abg. Barteld, daß gegen die Veröffentlichung des Schreibens keine Einwendungen zu erheben seien. Wollte der Vorsitzende das Schreiben als verächtlich behandeln wissen, wozu nach seiner Ansicht keine Veranlassung vorliege, so hätte er es als verächtlich bezeichnen müssen. Er glaube nicht, daß die Deutschnationalen so empfindlich wären, wenn einmal Organisationen der Landwirtschaft und anderer wirtschaftlicher Kreise eine ähnliche Kritik übten. Bezeichnend war, daß die Deutsche Volkspartei und das Zentrum sich dem Vorstoß der Deutschnationalen nicht angeschlossen. Offenbar herrscht bei diesen Parteien keine Neigung, einen Kampf mit dem Deutschen Beamtenbund in der Form aufzunehmen, wie er seinerzeit von Reichstagsabgeordneten dieser Fraktionen geführt worden ist.

Die Zeiten haben sich geändert. Der freiwillige 7-Uhr-Ladenabschluss von 1910 ist durch Verordnung vom 18. März 1919 gesetzlich festgelegt worden. Wir finden auch bereits die freiwillige Einführung des 6-Uhr-Ladenabschlusses. In Tarifverträgen sind ähnliche Vereinbarungen getroffen, und im Freistaat Danzig ist der 6-Uhr-Ladenabschluss schon gesetzlich eingeführt worden.

Für viele Berufe beginnt der Feierabend gegenwärtig zwischen 4 und 6 Uhr. Die schönste Erinnerungsfeier wäre es deshalb, wenn zum 25. Jahrestage des Ladenabschlusses ganz allgemein die Einführung einer früheren Schlußstunde überall da ermöglicht würde, wo für das längere Offenhalten der Läden kein Bedürfnis vorliegt. Dieser soziale und kulturelle Fortschritt würde das deutsche Familienleben noch inniger gestalten, die Mitarbeiter der Kaufmannschaft arbeitsfreudiger stimmen und ihre Leistungsfähigkeit steigern.

### Aus den Vereinen

#### Kreisparteiung der D. D. P. in Bitterfeld.

Der Kreisverein der D. D. P. hielt im „Eichamt“ einen gut besuchten Parteitag ab. Vertreter war Bitterfeld, Holzweißig, Greppin, Wolfen und Jörbig, vom Bezirksvorstande war der Bezirksvorsitzende anwesend. Den Hauptpunkt der Tagesordnung bildete eine Aussprache über die bevorstehenden Kreis- und Provinziallandtagswahlen und die Auffstellung der Kandidatenliste. Nachdem in der Aussprache die gegenwärtige politische Lage eingehend erörtert worden war, wurde die Frage besprochen, ob ein Zusammengehen mit anderen politischen Parteien zu den bevorstehenden Wahlen erwünscht und möglich sei. Von allen Seiten wurde darauf hingewiesen, daß ein Zusammengehen mit den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei in Anbetracht der gesamten politischen Lage und des Verhaltens dieser Parteien der Demokratischen Parteien gegenüber während der letzten Wahlkämpfe nicht in Frage käme. Eine Zählungnahme mit der Zentrumspartei oder mit einzelnen wirtschaftlichen Organisationen hingegen wäre möglich. Es wurden schließlich folgende Beschlüsse gefaßt: 1. Für die Kreis- und Provinzialtagwahlen wird eine eigene politische Liste der Demokratischen Partei aufgestellt, die Aufstellung einer gemeinsamen Liste (etwa „Nationaler Ordnungsbund“ oder sogenannte

„Wirtschaftsliste“) wird abgelehnt. 2. Für den Provinziallandtag kommt nur eine eigene Liste der Demokratischen Partei in Frage. Ob diese in Form einer für den ganzen Regierungsbezirk gemeinsamen demokratischen Liste oder einer für jeden Kreis eigenen demokratischen Liste aufgestellt werden soll, bleibt den Mitgliedern des Kreisvorstandes für die endgültige Beschlusssammlung in einer Sitzung der Bezirksleitung überlassen. Als Stimmungsbild der Versammlung wurde zum Ausdruck gebracht, daß eine geringe Mehrheit für eine eigene demokratische Liste des Kreises sich aussprach. Nachdem noch das Vorgehen bei den bevorstehenden Wahlen eingehend erörtert worden war, wurden die Kandidatenlisten für Kreis- und Provinziallandtag aufgestellt. Nach Erledigung verschiedener geschäftlicher Angelegenheiten schloß der Vorsitzende mit Danksworten für die treue Mitarbeit die sehr anregend und zuverlässig verlaufenen Verhandlungen.

#### Jugenddemokraten, Halle.

Am vergangenen Mittwoch fand im Neumarktshäuschen eine Rathenau-Gedenkfeier statt. In dem überfüllten Raum sprach Herr Studentialrat Tietze einige warme Worte zur Erinnerung an unseren großen Führer, der von seinen eigenen deutschen Volksgenossen schließlich ermordet wurde. Der Abend wurde durch musikalische Darbietungen einiger unserer Freunde verschönt.

#### Eisleben.

Der Verein der Deutschen Demokratischen Partei hält am Sonntag, abends 8 Uhr, im Hotel „Goldenes Schiffchen“ eine öffentliche Versammlung ab. Redner: Landtagsabgeordneter Meinde: „Heraus aus der Not.“ Anhänger aller Parteirichtungen sind zu dieser Versammlung eingeladen.

#### Drugsgruppe Delitzsch.

Mittwoch, den 5. Oktober, abends 8 Uhr, in der Bunde spricht Gräfin Dohna über die politische Lage. — Vollständiges Erscheinen der Mitglieder ist erwünscht.

#### Republikanischer Frauenbund, Halle a. S.

Mittwoch, 7. Oktober, abends 8 Uhr, im Gesellschaftshaus Mitgliederversammlung, Tagesordnung: 1. Geschäftliche Mitteilungen. 2. Lichtbilder-Vortrag: „Was leisten die Kranenlaster?“ Referentin: Marg. Seeburg.

Deutsche Friedensgesellschaft, Ortsgruppe Halle. Mitgliederversammlung Freitag, den 9. Oktober abends 8 Uhr, „Spanzer Bar“. Vortrag von Redakt. Sablotz: „Der Pazifismus und seine Richtungen.“ Gaffe willkommen.

### Mitteilungen

#### Konzertgemeinde der Hofbühne Halle.

Für die 7. Städtische Sinfonie-Konzerte besteht in Abonnementmöglichkeit auf die Hauptproben, die regelmäßig Sonntag vormittag um 11 Uhr stattfinden. 2. Bisher werden feste Plätze in drei verschiedenen Preisklassen zur Verfügung steht, bitten wir die Einzelmeldungen recht bald vorzunehmen, außerdem werden noch 2. Meldungen auf die Stadttheater-Aufführungen und 1. Kammerstücke entgegengenommen. Die Geschäftsstelle befindet sich 14 ft täglich von 9-1 und 3-5 Uhr geöffnet Fernruf 3479.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Freda Marie Gräfin Dohna, für den Anzeigenteil und Verlag: Deutsche Demokratische Partei, Eintrich in Halle.

Druck: Buchdruckerei der Allgemeinen Zeitung, Delitzsch.



**BUCHDRUCKEREI  
„ALLG. ZEITUNG“  
DELITZSCH**

liefert alle  
Druckarbeiten

**Der Hut macht's!**

Den richtigen Herrenhut finden Sie hier bei uns Hauptpreislagen:

**9 50 8 50 7 50 5 90**

Große Auswahl in Sport- und Clubmägen

**Moritz Hofewitz,**  
Halle a. S., Steinweg 7.

**Möbel-Ausstellung**

Verkauf gegen ganz bequeme Teilzahlung

Möbel für 50 Mk. Anzahlung 10.  
Möbel für 100 Mk. Anzahlung 15.  
Möbel für 200 Mk. Anzahlung 50.  
Möbel für 300 Mk. Anzahlung 80.  
Möbel für 400 Mk. Anzahlung 100.  
Möbel für 500 Mk. Anzahlung 120.  
Möbel für 600 Mk. Anzahlung 150.  
Möbel für 700 Mk. Anzahlung 200.  
Möbel für 800 Mk. Anzahlung 250.  
usw. usw.

Herrenzimmer  
Wohn- und Schlafzimmer  
Korbmöbel  
Kinderwagen  
Aparte Küchen

sow. einzelne Möbelstücke

als Sofas, Chaiselongues, Bettstellen, und Matratzen, Schränke, Verkleids, Kommoden, Spiegel, Küchenschränke, Tische, Stühle usw.

Kredit auch nach auswirts.

Möbelhaus  
**N. Fuchs**  
Halle (Saale)  
Große Ulrichstraße Nr. 58  
I., II. und III. Etage  
(im Hause der Nordsee).  
Kahn Ladent

Unser

# Quartals-Verkauf

hat am 1. Okt. begonnen

Der Erfolg unserer Angebote hat den Beweis erbracht, daß wir in Bezug auf Preise, Qualitäten u. Auswahl - - - an der Spitze stehen! - - -

# Nussbaum

Das Haus der Qualitätswaren und billigen Preise

Halle a. S.  
Gr. Ulrichstr.  
60-61

**Damen- und Herren-Wäsche**

kaufen Sie bei

**J. Glücksmann**  
Halle a. S., Markt 6.

Der **Winn-Bären** Waschbär

Halle-S., Kl. Berlin 2.

# Gardinen-Woche

verbunden mit einer großen Ausstellung von Teppichen - Möbelstoffen und Dekorationen.

Wir weisen auf unsere groß angelegte Abteilung

## Damen-Konfektion

hin, in der wir für jeden Geschmack Passendes bringen.

**B. B. BRUMMER BENJAMIN**

ALLE GR. ULRICHSTR. 22-24 RANNISCHER PLATZ

Meine Abteilung

## Leinen- u. Baumwollwaren

ist bekannt dafür, bei guten Qualitäten, stets die billigsten Preise zu zeigen.

# Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland.

Nummer 30 Halle (S.), Sonnabend, 3. Oktober 1925 1. Jahrgang

## Das Versprechen des Reichstanzlers unerfüllt!

Die Konventionen mit dem Preisabbau genarrt. — Der Zusammenbruch des Landbundes.

### „Nationale“ Geste.

Die Deutschnationalen haben bisher alle ihre Wahlversprechungen gebrochen, angefangen mit der nichterfolgten Ablehnung der Dames-Gesetze. Die Wählungen des Aufmerksamkeitsbetrügers werden nachgerade recht peinlich, drohen doch bereits die „Vaterländischen Verbände“ auch aus diesem Grunde — mit Kündigung der Gefolgschaft! Der

**Skandal auf der Landesparlamentswahl**  
nimmt für die Deutschnationalen immer unangenehmere Formen an; und nun erweist sich der von der Reichsregierung zum 1. Oktober versprochene Preisabbau auch noch als Täuschung!

Nur eine Wace auf dem deutschen Innenmarkt erlaubt zweifellos eine ständige Senkung; der deutschen nationale Kredit! Etwas muß endlich geschehen, um die murrenden Wähler zu befriedigen. Den schönen Plan mit der nationalitätlich so glänzend zu verwerdenden schwarzweißen Geburtstagsfeier Hindenburgs hat der Reichspräsident in seiner torrefekten und verhängnisvollen Art selbst durchkreuzt, indem er sich die Flaggen verbieten hat.

So stellen die Deutschnationalen denn für ihre Zustimmung zur Konferenz Bedingungen, um wenigstens auf außenpolitischen Gebiet ihre „nationale Gesinnung“ zu erweisen. Und zwar haben sie es sich herausgenommen, weder dem auswärtigen Ausschuss, noch den Ministerpräsidenten der Länder, noch auch der Regierungspartei des Bundes vorher Kenntnis von dem beschlossenen Schritt zu geben. Wahrscheinlich fühlte die Partei sich als Mussolini und genoss es, die Vorzüge der Autokratie gegenüber dem verhassten Parlamentarismus durch Anschauungsunterricht vorzuführen. So wurde denn recht zur Unzeit eine

### Dienste gegen die „Kriegsschuldfrage“

eröffnet, die das Zustandekommen der Konferenz einen Augenblick ernstlich gefährdet hat. Es ist ja bekanntlich, daß die Deutschnationalen nach all ihren Versprechen auch auf diesem Gebiet es bedrückend empfanden, daß kaum eine Partei für die Aufklärung der Kriegsschuldfrage so wenig gekümmert hat, wie die deutschnationale, und daß die Männer, die in sachlicher, wissenschaftlicher Arbeit Licht in dieses Dunkel geworfen haben, nämlich auf dem demokratischen Boden stehen. Es seien hier nur neben dem Grafen v. Helldorf, v. Raugau, als Führer der deutschen Delegation in Versailles, genannt: Paul Rohrbach, Graf Montgelas und Hans Delbrück. Die wissenschaftliche Fortführung hat genug Material zu Tage gefördert, das den Gedanken an eine Völkervereinigung oder auch nur eine gegenüber den Anderen kleinere Belastung Deutschlands am Kriegsausbruch allenfalls erschüttert und eher in sein Gegenteil verwandelt hat.

### Selbst Herr Saucerwein vom „Matin“

meinte kürzlich, Frankreich könne heute die Kriegsschuldfrage nicht mehr voll anerkennen, und die Alliierten würden sich damit begnügen können, eine deutsche Erklärung gegen die Kriegsschuldfrage einfach zu ignorieren.

Sie haben sich nun aber selber nicht damit begnügt, sondern Deutschland in ihrer Antwort eine deutsche Absicht erteilt. Die Deutschnationalen haben somit die Franzosen zu einer erneuten Festlegung über den Kriegsschuldparagraphen veranlaßt und damit Deutschland eine unendliche Demütigung eingebracht. Finden sie diese „Erfolge“ nun wirklich ehrenvoller, als das bestimmt Tollstühnliche jenes ganzen im Siegestaumel von Unversöhnlichkeitsparolen erdionnen und heute in Wahrheit erledigten Paragrafen? Was bedeutet diese Heberumpelungsaktion der Deutschnationalen anderes, als eine für die vernünftigen Wähler berechnete nationale Geste? „Wir wollten nur erhobenen Hauptes zur Konferenz gehen“ erklären sie. Wir meinen, unsere Unterhändler hätten das Haupt höher tragen können, wenn Deutschland diese Demütigung jetzt nicht erteilt hätte! Glücklicherweise ist der Zwischenfall nunmehr beigelegt, und die Konferenz ist am

### 5. Oktober in Locarno

beginnen. Die Deutschnationalen möchten diese Zusammenkunft zu einer unüberwindlichen Stempel, um ihre Zustimmung zum Sicherheitspakt noch weiterhin zu verschleiern. Es besteht jedoch kein Zweifel, daß die Konferenz zu bedeutungsvollen Abschlüssen gelangen kann, und daß die Delegierten mit weitgehenden Vollmachten

ausgerüstet sein werden, — was schon die Teilnahme des deutschen Reichstanzlers beweist. Kommt in Locarno ein Sicherheitspakt zustande, so werden unsere Unterhändler nunmehr dem deutschen Reichstag verantwortungsvoll sein. Bei jener Abstimmung aber dürfte das deutschnationale Doppelspiel endgültig zu Ende gehen, denn dann müssen die Regierungsparteien schließlich Farbe bekennen! Die Linke hat keineswegs die Absicht, der Rechten die Verantwortung für die Außenpolitik abzunehmen. Im Gegenteil: Wir begnügen uns diesmal nicht mit einem Umfall zu 50 Prozent, sondern verlangen das Schauspiel des Kassas-Ganges der ganzen Fraktion!

### Farrer Traub

erklärte jedoch in Dresden, — neuerdings der bevorzugten Deutschnationalen starker Löhne und entsprechender Dispositionen. — Die Deutschnationalen wollen den Pakt nicht annehmen, sie schlugen ja auch schon ihrer eigenen bisherigen Politik ins Gesicht“, wozu er meinte: sie werden mit der Annahme, wie üblich, ihren Versprechungen ins Gesicht schlagen! Man weiß nun nicht, soll man die Harmlosigkeit oder die Verberühmtheit des Kapitteln mehr bewundern, wenn er fortfährt: „man sollten sie aber auch nicht so tun, als ob sie ihn annehmen wollten.“ Es hätte der Wahrheit eher entsprochen, wenn der Herr Farrer geordert hätte: die Deutschnationalen sollten nicht so tun, als ob sie den Pakt nicht annehmen wollten!

F. M. D.

### Pleite im Land

Die wirtschaftlichen Unternehmungen befinden sich beinahe in einer jämmerlichen Lage. Seit fast zwei Jahren ist der Markt für den finanziellen Zusammenbruch abgeklungen und sein Verfallungsprozess ist in diesen Tagen wieder angebrochen. Denn diese vom Landbunde großen Versprechungen ins Leben zu bringen, während die Großen ihre Mittel gelassen und sich so dem finanziellen Zusammenbruch ergeben.

### Schärflich für den gesamten

Kleinhandel auszusprechen und so zu bedauern der Wirtschaft notwendige Geld. Bedauerlich ist allerdings, daß von Bauern und Kleinrentnern, die diese eigenartigen Genossenschaftsunternehmen, die in den finanziellen Kampf mit hineingezogen sind, während die Großen ihre Mittel gelassen und sich so dem finanziellen Zusammenbruch ergeben.

Stärkste Empörung aber muß es sich hervorrufen, wenn sie jetzt finanzielle Zwecke hingegebenen Geldes zur Befriedigung politischer Machtgelüste dienen. Durch ein Rundschreiben des Landbundes wird nämlich bekannt, daß dieser die Reichspräsidentenwahl für den denkbaren finanziellen und ungeheure Schuldenschulden aufgenommen hat. Dieser Kredit soll jetzt abgedeckt werden, und dafür sollen die Bauern und Kleinrentner wiederum neue Beträge hergeben. Es ist also ein System fortwährender Mißwirtschaft, das hier zutage tritt und dessen Ergebnis mit der angelegten politischen Neutralität des Landbundes endgültig aufräumt.

Wenn sich trotzdem der Landbund hier und da noch als Schuldträger der Reichsparteien für die bevorstehenden Provinzialparlaments- und Kreisparlamentswahlen meldet, so ist gerade in diesen Fällen die größte Vorsicht am Platze.

Provinzialparlamente und Kreislage sind Verwaltungskörper, die am allerwenigsten Experimente vertragen können, wenn sie dem Landbund mit seinen Genossenschaftsgründungen vorgenommen hat. Jede Kandidatenliste, die unter dem Landbund irgendwelchen Einfluß hat, verdient deshalb von vornherein den Landbund mag sich um seine wirtschaftliche Pleite kümmern. Für den Kleinrentner und den Mittelstand muß er

### Eine Frühlingschwalbe.

von Prof. Bergsträßer-Berlin, M. d. R.

Wenn man sich's ernstlich überlegt, wird man den kurzen Besuch, den der französische Kultusminister de Monzie dieser Tage in Berlin gemacht hat, politisch recht hoch werten müssen, auch wenn dabei von Politik überhaupt oder mindestens von den aktuellen politischen Fragen nicht die Rede gewesen ist, denn auf alle Fälle bedeutet dieser französische Ministerbesuch — anderes Wissen der erste seit über 50 Jahren — eine politische Demonstration; er ist der Ausdruck dafür, daß die gegenwärtige französische Regierung willens ist, über die schwebenden politischen Verhandlungen hinaus den Verkehr und die Beziehungen mit Deutschland wieder aufzunehmen; sie ergreift hiermit selbst die Initiative durch eine an sich schon sehr sympathische Persönlichkeit, einen Mann, der noch vor kurzem recht deutlich gesagt hat, daß er das nationalaffektive Gehabe mancher französischer Gelehrten nicht billigt, wenn er es auch von sich aus so wenig ändern kann, wie sein preussischer Kollege die Macht hat, seine Professoren zur politischen Verneinung zu zwingen, obwohl es manchen von ihnen gut täte, gezwungen zu werden.

Herrn de Monzie's Besuch galt Nachfragen, aber nicht nur solchen im engeren Sinne, sondern es ist auch noch einem direkten Austausch französischer und deutscher Wissenschaft die Rede gewesen, und man scheint beiderseits ernstlich vorzugehen, wie es in der Wege zu liegen. Wir würden das sehr begrüßen, denn es würde damit nur

gegenwärtig und Zukunft fortgesetzt, was Jahrhunderte hindurch bestand, der geistlichen und den demographischen Ländern. De Monzie's rühmende Worte für Leistungen der Wissenschaft, er ging von seinem Fachgebiet aus, weiter zu greifen. Dabei ist es, daß die ganze deutsche Kultur eine Einflüsse aus Frankreich gar nicht zu unterschätzen, der geistlichen Kultur, die in der geistlichen Kultur zu erkennen, für ein Monument und Kunstwerk; für das genügt ein Gang in die Nationalgalerie Münchens Bild einer Aufführung im Theater der Kaiser preussischer Tradition, der den Ausdrucksmittel dem Studium in der geistlichen Kultur, wobei es für die gegenwärtigen Bestrebungen einer gewissen Bilanz ist, daß alle französischen Beziehungen, die aus Deutschland kommen. Doch ist es eine deutsche Pflicht zu denken, an romanische deutsche Philosophie. Man vergesse nicht, wie stark und wie fruchtbar französische in den letzten 30 Jahren vor dem Kriege sich beschäftigte. So freut uns diese Tat des Ministers, die auch nach Frankreich hinein; denn wir verhehlen uns nicht, daß wir in den letzten Jahren, nirgend stärker, Paris selbst.

Es entspricht das, was de Monzie tat, der Auffassung der Mehrzahl des französischen Volkes und aller, die der Zukunft freudig sind. Es ist kein Zufall, daß auf den verschiedenen internationalen Kongressen und Ausstellungen, wie zuletzt noch auf dem demokratischen Friedenskongress in Venedig, nicht nur die unbedeutendsten, sondern gerade auch die Franzosen, genau ebenso wie die Deutschen, davon überzeugt gewesen sind, daß es sich hauptsächlich um die Beziehungen dieser beiden Länder handelte, wenn man von zukünftigen Frieden redet. Und wer denartige Kongresse mitgemacht hat, weiß auch, daß über manche Meinungen und einiges Mißtrauen hinweg, die Vertreter dieser beiden Völker sich immer zu fruchtbarer Aussprache fanden; wie mir noch dieser Tage in Venedig ein prominenter Franzose nach langer Unterhaltung sagte, er empfinde denartige persönliche Ausdrücke als eine dringende Notwendigkeit und habe sehr viel gelernt; ein Mann übrigens, der sich vorher die Überzeugung hatte, die Beziehung des Rheinlandes müsse sobald wie nur möglich ein Ende finden.

Aus diesen vielfachen Erfahrungen heraus sei es auszuwählen, wir hatten einen möglichst umfangreichen Personenkreis zwischen beiden Völkern für unendlich wichtig, damit er dazu beitrage, gegenwärtiges Mißtrauen zu bannen, denn ohne diese Erziehung der Politik nicht der persönlichen Seite hin wird die politische Frage nicht rechtlos gelöst werden können. Der Austausch ist beiden



Vertical text on the left edge of the page, partially cut off.